



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/176

Hinweise  
auf den Inhalt:

Bonn, 1. August 1951  
Friedrich-Ebert-Allee 170

Auch ein Einverständnis mit dem neuen Frieden	S. 1
Plant Attlee Neuwahlen für Oktober ?	S. 3
Kieler Regierung auf schwachen Füßen	S. 4
Zehntausend Polizisten auf Grenzgängerfang	S. 6

## Dem Friedensvertrag ähnlich ?

### Hallsteins Optimismus und die Wirklichkeit

(sp) Staatssekretär Hallstein hat in Berlin Erklärungen abgegeben, deren Optimismus noch über das hinausgeht, was Wirtschaftsminister Ehrhard in seinem Ressort zu demonstrieren pflegt. Das Verhältnis des Ehrhardschen Optimismus zur Wirklichkeit kann das Volk bei dem Empfang der Löhne und beim Bezahlen der Preise immerhin feststellen. Hallsteins Optimismus betrifft die Außenpolitik und das ist vorläufig, offenbar im Gegensatz zur Meinung des Staatssekretärs, immer noch ein weitgehend irreales Gebiet. Hallstein meinte, die Bundesregierung wünsche auf dem Gebiet der europäischen Sicherheit einen verantwortlichen Anteil zu übernehmen - damit wiederholte er im Grunde eigentlich lediglich die eilfertigen Angebote des Bundeskanzlers und Außenministers. Doch dann erklärte der Staatssekretär, nach Beendigung der deutsch-alliierten Verhandlungen über den Abbau der Besatzungsgewalt würde ein vertraglicher Zustand erreicht sein, der, mit Ausnahme der noch offenbleibenden Grenzfragen, einem Friedensvertrag nahekommt.

Mit diesen Worten wollte Hallstein offenbar den Wunsch nach baldiger Beteiligung an der militärischen Verteidigung eine Rechtfertigung geben. Er vergaß zu erwähnen, daß die Verträge, die das Besatzungsstatut ablösen sollen, bisher unter der Voraussetzung diskutiert wurden, daß die Generalklausel des Besatzungs-

Statuts zwar gemildert wird, die Alliierten sich jedoch das Recht vorbehalten wollen, die volle Regierungsgewalt in Deutschland wieder übernehmen zu können, wenn es nach ihrer Ansicht notwendig ist. Er vergaß ferner, daß die bisherigen Verhandlungen über einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik weder die Gleichberechtigung noch die deutsche Souveränität einbeziehen und daß schließlich die Bundesrepublik auch nach der Umwandlung des Besatzungsstatuts noch ganz andere materielle Verzichtete zu akzeptieren hat, als das Fehlen einer Regelung der Grenzfragen.

Von den vielen Beschränkungen, die der deutschen Wirtschaft und Politik - nach dem bisherigen Verlauf der Petersberger Besprechungen zu urteilen - auferlegt bleiben, sei in diesem Zusammenhang nur die Ruhrbehörde erwähnt. Die Bundesregierung mag hoffen, daß diese Behörde aufgelöst wird, aber sie hat keine verbindliche Versicherung in den Händen, daß es so sein wird. Auf Hoffnungen jedoch sollte ein Staatssekretär im Außenministerium seine Erklärungen nicht stützen. Daß er es doch tut, ist nur ein Symptom mehr dafür, daß die Bundesregierung bei ihren Bemühungen um einen Verteidigungsbeitrag, um die Verwirklichung des Schuman-Planes und um die Ablösung des Besatzungs-Statutes weder ein Konzept hat, noch bereit ist, an die Stelle einer Politik der Vorleistungen eine Politik der Gleichheit und Gleichzeitigkeit der Leistungen auf beiden Seiten zu setzen.

Hallstein, seit drei Jahren zum ersten Mal in Berlin, war von der "Vitalität dieser unbesiegbaren Stadt noch stärker beeindruckt ... " Hoffen wir, daß er bei seinem nächsten Berlin-Besuch nicht nur diesen Hauch der Berliner Vitalität verspürt, sondern auch ein wenig mehr von der politischen Wirklichkeit begreift, die zumindest in Berlin so sichtbar ist und an deren Aufgabenstellung für die Bundesrepublik Optimismus allein nichts ändern kann. Der kann höchstens die Illusion nähren, mit Erklärungen seien die "psychologischen Voraussetzungen" für einen deutschen Verteidigungsbeitrag herzustellen.

+ + +

Britische Wahlen im Oktober ?

B.C. London, Anfang August

Es scheint jetzt mit ziemlicher Sicherheit festzustehen, daß Premierminister Attlee beschlossen hat, diesen Herbst, wahrscheinlich im Oktober, mit einer Neuwahl des Unterhauses das Urteil des Volkes über das Sein oder Nichtsein der Labourregierung anzurufen.

Der von Schatzkanzler Gaitskell angekündigte Gesetzentwurf zur Beschränkung der Dividendenausschüttung der großen Gesellschaften auf den Durchschnitt der letzten zwei Jahre ist mehr, als nur eine Kompromißmaßnahme zur Besänftigung der Bevangruppe angesichts des starken Widerstands, den die Politik dieser Gruppe in den Entschlüssen zum Labour-Parteitag im ganzen Lande gefunden hat. Er ist mehr, als nur ein finanzpolitisches Mittel zur Aufsaugung des inflationistischen Verbrauchsdrucks in einer Lage, wo infolge des Rüstungsprogramms "zuviel Geld hinter zuwenig Verbrauchsgütern herjagt". Er ist mehr, als nur ein psychologischer Anreiz an die Gewerkschaften, mehr zu produzieren, sich aber in Lohnforderungen die Disziplin freiwilliger Mäßigung aufzuerlegen. Der Entwurf ist vor allem eine Herausforderung an die Tories, die diesen Eingriff in "die Freiheit des Unternehmertums" nicht hinnehmen können, ohne ihn mit allen Mitteln zu bekämpfen und so in die wenig beneidenswerte Lage hineingezwungen werden, die Wahl als Verfechter überhoher Profite durchkämpfen zu müssen.

Das Parlament geht in diesen Tagen in die Sommerferien, um Ende September wieder zusammenzutreten. Als erste Gesetzgebungsmaßnahme wird dann Gaitskells Dividendenentwurf auf der Tagesordnung stehen. Die Konservativen werden ihn bekämpfen, dagegen stimmen und auch das Haus der Lords veranlassen, ihn zu verwerfen. Das wird dann für Attlee der ideale Moment sein, die Krone um Auflösung des Unterhauses zu ersuchen und mit einer volkstümlichen Parole die Entscheidung des Landes anzurufen, das unter steigenden Preisen loidet, während die Gesellschaftsgewinne von Jahr zu Jahr immer größer werden.

Es heißt auch, daß das Kabinett beschlossen habe, in demselben Gesetzentwurf weitere Maßnahmen zur Beschränkung des Inflations-

Druckes hineinzuarbeiten, darunter eine einmalige Kapitalabgabe, entweder direkt als Prozentsatz vorhandenen Kapitals oder (was wahrscheinlicher klingt) in der Form einer Kapitalzuwachssteuer, die einen Teil des erhöhten Geldwertes aller Investitionen seit Kriegsende abschöpft. Seit dem Tiefpunkt im letzten Winter hat sich die Popularität der Labourregierung zusehends erholt, nicht zum mindesten infolge der aktiven Friedenspolitik Attlees und Morrisons im Fernen und Mittleren Osten. Viele Wähler sind sich darüber klar, daß die Reaktionen einer Toryregierung zu den außenpolitischen Problemen der letzten Monate anders gewesen wären, als die der verantwortlichen Labourminister, daß beispielsweise Korea oder Persien leicht hätten zum dritten Weltbrand führen können, wenn Churchill an Attlees Stelle in Nr. 10, Downing Street, amtiert hätte.

+ + +

#### Kieler Kabinettsbildung bringt keine Lösung

E.M. Kiel, im August 1951

Nach fünfwöchigen vergeblichen Verhandlungen konnte der schleswig-holsteinische CDU-Ministerpräsident Friedrich-Wilhelm Lübke endlich am 28. Juli seine Ministerliste bekanntgeben. Von seinen ursprünglichen Absichten, die anfangs auf ein Kabinett von Fachleuten und später auf eine große Koalition unter Einschluß der SPD gerichtet waren, ist nichts verwirklicht. Im großen und ganzen gleicht die neue Regierung Lübke der alten unter Bartram, die nicht zuletzt infolge ihrer Unfähigkeit die "Kieler Krise" heraufbeschworen hatte, wie ein Ei dem anderen.

Die fünf Ressortminister sind: Waldemar Kraft (BHE) als Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Finanzminister, Dr. Paul Pagel (CDU) als Innenminister und provisorischer Kultusminister, Dr. Hermann Anderson (FDP) als Wirtschaftsminister, Claus Sich (DP) als Landwirtschaftsminister und Hans-Adolf Asbach (BHE) als Sozial-, Arbeits- und Flüchtlingsminister. Das Justizministerium leitet Lübke selbst provisorisch. Der einzige neue Mann neben dem Ministerpräsidenten ist der Bauer Claus Sich, der schon vor 1933 NSDAP-Mitglied und später Kreisbauernführer in Rendsburg, sowie leitender Referent in der NS-Landesbauernkammer in Kiel wurde.

Als vor einem Jahr das schleswig-holsteinische Koalitionskabinett aus Wahlblock (CDU, FDP, DP) und BHE gebildet wurde, in welchem zwei Drittel der Minister ehemalige Nationalsozialisten waren, beschäftigte sich die gesamte Weltpresse mit dem Kieler Restaurationsphänomen. Selbst in Bonn und den übrigen Bundesländern war man bestürzt. Heute erlebt die Öffentlichkeit auch in dieser Beziehung eine Wiederholung: Vier von sechs der Kabinettsmitglieder sind wiederum ehemalige langjährige Mitglieder der NSDAP und bekleideten teilweise hohe Ränge in der SA und SS.

Lübke selbst, der aufgrund seines Charakters und seiner Vorgesandtheit sogar bei der SPD manche Sympathien genießt, ist offensichtlich ein Opfer der Interessenpolitik des Wahlblocks geworden. Die Hauptschuld an dem Scheitern einer großen Koalition aber trägt der BHE. Dieser Partei ist es zuzuschreiben, daß die durch den Rücktritt Bartrams gebotene Chance, den Wahlblock aufzulösen und dadurch zu einer fruchtbaren Neuordnung des Parteienlebens im bürgerlichen Lager zu kommen, nicht ausgenutzt werden konnte. "Im Gegensatz zu den Interessen der Bevölkerung hat der BHE", so heißt es in einer SPD-Erklärung vom Sonntag, "eine Konzentration der sozial wirkenden Kräfte des Landes verhindert".

Lübke hatte, als seinen letzten Trumpf, am Sonnabend mit Rücktritt und Landtagsauflösung gedroht und damit seine stagnierenden Koalitionsverhandlungen endlich zum Abschluß gebracht. Von seinen vier Besuchen in Bonn hat er nicht viel mehr als vage finanzielle Versprechungen mitgebracht, die der BHE noch wenige Tage zuvor als "völlig unzureichende Garantien für eine Regierungsbeteiligung" bezeichnet hatte. Der BHE-Vorsitzende Kraft erklärte seinen neuerlichen Gesinnungswandel mit dem Hinweis darauf, daß "die Parteien, insbesondere der BHE, kein Geld für einen Wahlkampf hätten".

Auch die Gewerkschaften lehnen das Kabinett Lübke ab und sind, wie es in ihrer Presseverlautbarung heißt, "nicht gewillt, für die unhaltbaren Zustände im Lande die Verantwortung mitzutragen". Bei Nichterfüllung ihrer wirtschaftspolitischen Forderungen würden sie geeignete Kampfmaßnahmen ergreifen. Insbesondere wendet sich der DGB gegen die Berufung Asbachs zum Arbeitsminister, der fachlich völlig ungeeignet und zu einem großen Teil daran schuld sei, daß die Bautätigkeit im Vergleich zum Vorjahre um 70 bis 75 Prozent zurückgegangen sei.

So hat sich praktisch nicht viel im Kieler Landeshaus geändert. Kritische Beobachter rechnen damit, daß die Regierungskrise im Verborgenen weiterschwellen werde, ihr offener Ausbruch sei nur eine Frage der Zeit.

Zündstoff an der Zonengrenze

-dt, Hannover

In den Städten und Dörfern des Bundesgebietes, je weiter westlich, umso mehr, liegen Zwanzigmark-Scheine auf der Straße. Es sind plumpe Nachahmungen, die dennoch zum Aufheben verlocken. Auf der Rückseite dieser "Banknoten" liest der ehrliche Finder, daß er für 20, 10 oder 5 DM, je nachdem, wie weit er von der Zonengrenze entfernt wohnt "14 Tage herrlichen Urlaub" in der Ostzone verbringen und an den kommunistischen "Weltjugendfestspielen" in Berlin teilnehmen kann. Unterschrift: "Manfred von Brauchitsch, Präsident des westdeutschen Komitees zur Vorbereitung der Weltjugendfestspiele".

Von Brauchitsch besorgt die Reklame, das andere besorgt die KP, bzw. die verbotene FdJ und - die niedersächsische Polizei. Denn was nach den Worten Brauchitschs wie ein schöner, unverfänglicher Ausflug anmutet, ist, weil die Zonengrenze dazwischen liegt und ein Verbot für die FdJ und ihre Festspiele zu werben, in Wirklichkeit ein hartes Ringen zwischen der westdeutschen Exekutive und der SED, ausgetragen auf dem Rücken derjenigen, die sich von Brauchitschs Reklame fangen lassen. Rund 10000 niedersächsische Polizisten sind seit acht Tagen in Alarmbereitschaft, verstärkt durch einige Hundertschaften des neuen Bundesgrenzschutzes und durch den Zollgrenzdienst. stehen sie im zermürbenden Kleinkrieg gegen den Versuch der Kommunisten, 500000 Jugendliche nach Berlin zu schmuggeln.

Die Polizeiabteilung des Niedersächsischen Innenministeriums als Generalstabsquartier dieses Krieges ist befriedigt. Als am 7./8. Juli 120 Omnibusse mit rund 6000 Kindern abgefangen und nach Hause geschickt wurden, stand die Schlicht 1:0 für den Westen. Jetzt schickt die FdJ keine Omnibusse mehr; in Gruppen von drei bis zehn Mann (eigentlich sind es Kinder) tauchen die Verführten, mit der Bahn herangebracht, in den Grenzorten auf, finden hier nach verabredeten Zeichen einen Lotsen, der sie "hinüber"-bringen soll, orientieren sich, wenn sie keinen Lotsen finden, bei Tage an Rauchsäulen, bei Nacht an hellen Feuern, die von den Grenzbergen leuchten - und landen dennoch, die "rettende" Grenze vor Augen, in den westdeutschen Polizeiwachstuben.

Rund 90 Prozent aller dieser kleinen Abenteurer kommen aus

Nordrhein-Westfalen. Im Polizeiauto wird die Heimreise angetreten.

"Ich bin jetzt 25 Jahre Kumpel und habe mir bisher so einen Urlaub nicht leisten können" - so sagt ein etwa 45-jähriger Bergmann aus Dortmund im Verhör aus. Das Motiv "Urlaub auf Staatskosten" kehrt in unzähligen Variationen wieder, ob es sich um wirklich dürftig ausschende zwölfjährige Kinder oder Erwachsene handelt. Manfred von Brauchitsch hat also, wie man sieht, ganze Arbeit geleistet. Nicht so zufrieden ist die SED mit den Funktionären der West-KP, die die Aktionen durchführen sollen. Täglich kommen neue PdJ-Funktionäre mit gefälschten Papieren westwärts, um ihre hiesigen Kollegen abzulösen, neue Tricks auszudenken und vor allem die Möglichkeiten auszunützen, die das unübersichtliche Harz-Gebiet trotz aller Absperrmaßnahmen bietet. Hier verzeichnen die Kommunisten einige Erfolge; ob tatsächlich 30 - 40 Prozent aller Grenzgänger die Ostzone erreichen, wie die KP behauptet, ist allerdings schwer zu kontrollieren. - Bisher sind rund 2000 solcher Ost-Sehnsüchtiger - von achtjährigen Kindern bis zu sechzigjährigen Frauen - in der Mehrzahl aber Menschen unter dreißig und fast alle ohne jedes Gepäck - durch die westdeutschen Polizeiwachstuben gewandert. Nur wenige von ihnen haben den Versuch ein zweites oder gar drittes Mal gewagt. Den meisten ist der Appetit nach Manfred von Brauchitschs Paradies vergangen. -

Den niedersächsischen Polizisten wird in diesen Tagen viel abverlangt; sie haben es mit einem Gegner zu tun, der mit dem Geld um sich wirft, der alle Erfahrungen des Partisanenkrieges anwendet und der, wie man weiß, auf der anderen Seite der Grenze schwer bewaffnete Stoßtrupps bereit hält. Viel Zündstoff ist in diesen Plänkelleien an der Grenze angehäuft und der Höhepunkt der Schlacht, der Beginn der Berliner "Weltspiele", steht noch vor der Tür.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau